

Terms and Conditions

The Library provides access to digitized documents strictly for noncommercial educational, research and private purposes and makes no warranty with regard to their use for other purposes. Some of our collections are protected by copyright. Publication and/or broadcast in any form (including electronic) requires prior written permission from the Library.

Each copy of any part of this document must contain there Terms and Conditions. With the usage of the library's online system to access or download a digitized document you accept there Terms and Conditions.

Reproductions of material on the web site may not be made for or donated to other repositories, nor may be further reproduced without written permission from the Library

For reproduction requests and permissions, please contact us. If citing materials, please give proper attribution of the source.

Imprint:

Director: Mag. Renate Plöchl

Deputy director: Mag. Julian Sagmeister

Owner of medium: Oberösterreichische Landesbibliothek

Publisher: Oberösterreichische Landesbibliothek, 4021 Linz, Schillerplatz 2

Contact:

Email: [landesbibliothek\(at\)ooe.gv.at](mailto:landesbibliothek(at)ooe.gv.at)

Telephone: +43(732) 7720-53100

di Medua und Durazzo. Die besiegten „albanesischen Gegenden“ sind nicht nur albanesisch, sondern gemischt albanesisch-serbisch. Damit war das Interview beendet.

* * *

Der russische Konsul, der hier seine Ansicht über Albanien sehr bestimmt aussprach und Anschuldigungen erhob, die zu beweisen er wohl nicht ohne weiteres imstande gewesen wäre, hat den politischen Standpunkt Rußlands in der albanesischen Frage jedenfalls ausgezeichnet und klar gekennzeichnet. Rußland war für die Aufteilung Albaniens an Serbien, Griechenland und Montenegro, nicht etwa, um diesen Staaten einen Dienst zu erweisen, sondern in erster Linie, um den Einfluß Österreich-Ungarns auf dem Balkan auszuschalten. Gab

es kein selbständiges, autonomes Albanien, so war Österreich-Ungarn vom Balkan verdrängt. Italien schien den Russen nicht so lästig und unangenehm. Aber die alte Abneigung gegen Österreich-Ungarn kam hier in der albanesischen Frage offen zum Ausdruck.

Jedenfalls war die albanesische Frage, einmal durch die Ereignisse angeschnitten, durch Serbien ins Rollen gebracht, und die Uneinigkeit der Mächte zeigte sich im ersten Augenblick. Österreich-Ungarn protestierte gegen eine Festsetzung Serbiens an der Adria, gegen die Zerstückelung Albaniens. Rußland arbeitete den Bestrebungen Österreichs offen entgegen; der Kampf, der diplomatische Krieg zwischen den beiden Staaten hatte begonnen. Er hat Europa in schwere Sorge und Unruhe versetzt, an den Rand eines Weltkrieges gebracht.

Das französische Protektorat über die Christen des Orients.

Es blieb übrigens nicht beim Kampf um Albanien; auch andere Fragen wurden aufgeworfen. Der französische Ministerpräsident Poincaré hatte geglaubt, die Mächte zur Erklärung des „désintéressément absolu“ veranlassen zu können, und je mehr die diplomatischen Verhandlungen ihren Fortgang nahmen, desto deutlicher stellte sich heraus, daß bei keiner einzigen Macht von einer wirklichen Uninteressiertheit gesprochen werden konnte. Ganz abgesehen von Österreich-Ungarn, das vitale Interessen am Balkan besitzt, gab es keine Großmacht, die nicht irgendwie an dem Balkanproblem recht wesentlich interessiert war. Rußland, das hinter den Plänen Poincarés steckte — nicht umsonst hatte die russische Regierung Herrn Iswolski, den geschworenen Feind Österreich-Ungarns nach Paris geschickt! — hatte seine alten Wünsche auf Öffnung der Dardanellen keinen Augenblick aufgegeben. Deutschland hatte wirtschaftliche Interessen in der europäischen Türkei wie insbesondere in Mesopotamien. Italien war an der Gestaltung der Balkanwestküste politisch in hohem Maße interessiert, Großbritannien wirtschaftlich und politisch durch Ägypten, Frankreich durch die vielen Millionen, die es auf dem Balkan investiert hatte, und durch das von ihm beanspruchte Protektorat über die Katholiken des Orients. Über dieses Protektorat schrieb damals die „Kölnische Zeitung“:

Als Kaiser Wilhelm bei seinem Besuch in Jerusalem 1898 auf dem von ihm erworbenen Grundstück der Dormitio die deutsche Flagge feierlich aufziehen ließ, entstand in Frankreich

ein Sturm der Entrüstung über diesen angeblichen Eingriff in das französische Recht, die Katholiken und ihre Anstalten im türkischen Reich zu schützen. Aus der Ansprache des Kaisers war ja bekannt geworden, daß er das Grundstück, dessen Erwerb seit Jahren das Ziel der verschiedensten Religionsgemeinschaften gewesen war, den deutschen Katholiken überließ, um dort eine klösterliche Siedlung und eine katholische Kirche zu errichten. So scharf die französische Republik den Machtansprüchen der Kurie in dem eigenen Lande entgegentrat und schließlich die Trennung von Staat und Kirche durchführte, so hat sie doch stets die Überlieferung aufrechterhalten, daß Frankreich einen besiegelten Anspruch auf den Schutz der Katholiken im Osmanischen Reich besitze. Sie setzt damit fort, was seit den Tagen Franz I. jede französische Regierung getan hat, die Bourbonen, die erste Republik, das Königtum der Restauration, die zweite Republik und das zweite Kaiserreich. Und Gambetta, der Todfeind der Klerikalen, prägte das viel zitierte Wort, daß der Antiklerikalismus kein Ausfuhrartikel sei. Es waren zu bedeutende Vorteile, die für den französischen Einfluß aus diesem angeblichen Recht erwachsen, als daß irgendein französischer Staatsmann darauf hätte verzichten können. So wurden auch alle Versuche radikaler Elemente, aus dem Budget die Summen zur Unterstützung der von Ordensgeistlichen im Orient geleiteten Schulen zu streichen, jedesmal erfolgreich abgewiesen. Wenn man bedenkt, daß an hunderttausend Kinder in diesen Anstalten mit französischer Kultur bekannt gemacht werden